

Haushalt 2007

Meine Damen und Herren,

Öffentliche Haushalte sind immer ein Spiegel der aktuellen Wirtschaftslage. Aus dem Etat eines Jahres kann noch keine Wende zum Besseren abgeleitet werden. Aufschlussreicher ist es, auf einen längeren Zeitraum zu blicken. Und da ergibt sich ein eindeutiges Bild: Die Spielräume werden enger. Früher war es fast Routine, in einer Gemeinde einen Haushalt zu beraten. Natürlich ging es in jedem Jahr auch um Investitionen, um die man sich stets heftig streiten konnte. Aber der Verwaltungshaushalt war doch, ehrlich gesagt, eher weniger spannend und deshalb auch weniger geeignet, um Akzente zu setzen. Und bis Anfang der 90-er Jahre musste man nicht wirklich an die Steuer- und Gebührensätze ran. Man mag das bedauern, aber das ist Vergangenheit.

Seit 15 Jahren verzeichnen wir in Dettingen ein ständiges Auf und Ab bei den Finanzen. Einem guten Jahr folgt (unverschuldet) ein schlechtes, und umgekehrt, mit allen Konsequenzen. Was fehlt, ist Planungssicherheit für die Kommunen. Ich glaube, dies wird zunehmend auch in der öffentlichen Meinung, oder besser gesagt, in der veröffentlichten Meinung so erkannt. Schlagzeilen wie „Gemeindefinanzen im Abwärtssog von Bund und Ländern“, „Deckungslücke in den Haushalten schließt sich nicht“ oder „Fremdbestimmter Ausgabendruck ruiniert die Kommunen“ beschreiben zutreffend das ganze Dilemma und den Umstand, dass die Städte und Gemeinden aus eigener Kraft daran nichts Grundlegendes ändern können. Zwar sind die Steuereinnahmen inzwischen wieder angestiegen, auf der Ausgabenseite wächst aber zugleich der fremdbestimmte Ausgabendruck durch das Wachstum der Sozialausgaben, der sich bei den Gemeinden über steigende Kreisumlagen bemerkbar macht, ungebrems weiter. Das Land selbst bedient sich bei den Kommunen, denen es infolge steigender Gewerbesteuererinnahmen (vermeintlich) besser als dem Land gehen soll. Der kommunale Finanzausgleich wird in den Jahren 2007 bis 2010 weiter um jeweils knapp 400 Mio. Euro gekürzt. Dafür soll das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung und in einem Gesetz präzisiert und erweitert werden. Es wird sich zeigen, ob diese Zusage eingehalten wird und, noch wichtiger, was es im Streitfall nützt.

Der Ministerpräsident hat jetzt die Devise ausgegeben: „Sparen und – richtig – investieren“, als ob wir das nicht bisher schon gemacht hätten. Immerhin hat er offenbar auf unsere kürzliche Kritik reagiert und formuliert „Erziehung sei jedoch nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht des Elternhauses“. Wir danken ihm für diesen, wenn auch dezenten, Hinweis zum „Kinderland Baden-Württemberg“.

Seit 15 Jahren nun versuchen wir in einem ständigen Prozess, unseren Haushalt zu konsolidieren und Strukturen zu verbessern, ich glaube, mit beachtlichem Erfolg. Unsere Personalkosten sind, trotz Tarifsteigerungen, so niedrig wie vor 7 Jahren, die Geschäftsausgaben auf dem Stand von vor 8 Jahren. Die Aufwendungen zur Gebäudeunterhaltung sind die zweitniedrigsten der letzten 12 Jahre und auf dem Stand von 1996. Und auch die Bewirtschaftungskosten sind niedriger als vor 11 Jahren. Dies ist ein Ergebnis akribischer Arbeit und ein Erfolg der Dettinger Kommunalpolitik. Durch den Betreibervertrag beim Hallenbad haben wir für 2007, bereinigt um Energiekosten, vorsichtig eine Einsparung von 15 % kalkuliert. Wir werden sehen, ob unsere Rechnung aufgeht. Vor uns stehen jedoch neue soziale Aufgaben, beispielsweise bei der Alten- und Jugendhilfe. Hier werden wir, da muss man kein Hellseher sein, in der Zukunft deutlich höhere Aufwendungen haben. Das muss erst finanziert werden. Deshalb haben wir in den letzten Jahren auch konsequent unsere Gebühren- und Steuersätze angepasst. Das ist kein Vergnügen, aber notwendig. Früher ging es um Verteilungs-, heute um Wegnahmegerechtigkeit. Auch wenn ich mich wiederhole, die Aussage: „Deutschland hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem“ trifft immer noch zu. So haben sich die Sozialausgaben in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Bezahlen müssen wir dies über die Kreisumlage, die zwar prozentual sinken mag, doch in Geld betrachtet, bezahlen wir im Vergleich zu 2005 200.000 € mehr. Und deshalb habe ich mich geärgert, dass der Kreistag kürzlich eine neue Freiwilligkeitsleistung beschlossen hat. Mit unserem Geld sollen Lärmschutzmaßnahmen der S-Bahn auf den Fildern, die objektiv-rechtlich, und vom Gericht bestätigt, nicht notwendig sind, mit einer halben Million Euro bezuschusst werden. Das ist wohl höhere Politik, und „natürlich kein Präzedenzfall“. Die Bahn AG zahlt hierfür aber keinen Cent.

Die Modernisierung der Landesbehörden ist ein Millionengrab, sagt der Rechnungshof. Und die doppelte Buchführung für die Gemeinden gilt nach der Erfindung des Rades als zweitwichtigste

Errungenschaft der Menschheit. Ich fürchte, hier wird dasselbe passieren. Und nachher will's wieder keiner gewesen sein. Aber auch hier wiederhole ich mich.

Wir Kommunen hoffen, dass uns die Unternehmenssteuerreform mehr Stabilität und gesicherte Einnahmen beschert und den Standort Deutschland stärkt. Die versprochenen Einsparungen aus Hartz IV zur Kinderbetreuung suchen wir allerdings bislang vergebens.

Wehren müssen wir uns im Alltag permanent gegen Übergriffe durch den Verband Region Stuttgart. Die Ausweisung von Baugebieten zur Stabilisierung der Einwohnerzahl und damit zur Sicherung einer guten Auslastung der Infrastruktur wird von dort als nicht wünschenswerter Landverbrauch eingestuft. Mit dieser Haltung und dem ständigen Versuch, Einzelhandel zu beschränken, erweist man dem Standort einen Bärendienst. Neidvoll blicken wir hierzu nicht nur nach Metzingen. Wir stellen fest, dass das bei den Gemeinden herrschende Bewusstsein für den sparsamen Umgang mit Geld bei der Region einfach nicht vorhanden ist. Hier weiß ich, ehrlich gesagt, keinen Rat mehr, wie man dies, mit Ausnahme der Freien Wähler, den Mitgliedern im Regionalparlament noch klar machen soll.

Obwohl wir 2006 fast ein Drittel unserer Gewerbesteuer im Rahmen der Abrechnung zurückzahlen mussten, haben wir für 2007 denselben Ansatz von 1,95 Mio. € eingeplant. Die Einkommensteuer soll genauso wie die Finanzausgleichsumlage wieder ansteigen. Die Umlage an die Region wird in diesem Jahr um 20 % höher sein. Darüber hinaus zahlen wir in diesem Jahr an den VRS die letzte Rate zur neuen Messe, insgesamt in den letzten 5 Jahren also 80.000 €. Und das Geld, das von dort über die Medien für Stuttgart 21 versprochen wird, ist auch unser Geld, am Rande erwähnt.

Erstmals seit 7 Jahren werden wir in diesem Jahr wieder eine Netto-Investitionsrate haben. 74.000 € freie Mittel werden, sollte alles plangemäß verlaufen, für Investitionen zur Verfügung stehen. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt ist mit 240.000 € die höchste seit langem. Auch wenn wir 2007 keine Schulden machen müssen, befürchte ich, dass dies in der Zukunft nicht so bleiben wird. Derzeit liegen wir aber beim Gesamt-schuldenstand um gerade mal 20 € pro Einwohner höher als 2000, obwohl die Jahre danach finanziell wirklich keine guten waren und wir dennoch kräftig investiert haben.

Ich freue mich, dass der Vermögenshaushalt 2007 diesen Namen wieder verdient. Hier sind doppelt so hohe Investitionen wie 2006 geplant.

Vorne weg ist mir der Hinweis wichtig, dass die Erschließung des Bau-gebiets „Berger-Areal“ für die Gemeinde mindestens kostenneutral erfolgt, weil 100 % der Aufwendungen der Planungskosten und öffentlichen Infrastruktur vom Investor getragen werden müssen. Darüber hinaus erhält die Gemeinde einen nennenswerten, aber leider einmaligen Umlegungs-vorteil von 175.000 €. In der Folge soll die Aylenstraße, allerdings nicht vor 2011, ausgebaut werden. Auch hier muss sich der Investor beteiligen.

Bei der Förderung nach dem Landessanierungsprogramm hat sich eine Änderung ergeben. Zwar gibt es nicht mehr Geld, dafür aber eine höhere Quote. Damit sollen die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Eigenanteile besser zu schultern. Diese Änderung ist zu begrüßen. Wir wollen neben der Förderung privater Maßnahmen in diesem Jahr die Planung für den Bahnhofsplatz auf den Weg bringen, im Lautergarten mit Hilfe des Ehrenamtes einen Spielplatz errichten und den Alten Friedhof in Angriff nehmen. Alle diese Maßnahmen werden vom Land gefördert. Außerdem beantrage ich heute erneut die Renovierung des Rathauses, Teil 2. Aufgrund technischer und energietechnischer Mängel soll der Sitzungs-saal auf Vordermann gebracht und mit zeitgemäßer Präsentationstechnik ausgestattet sowie die Sitzordnung etwas bürgerfreundlicher gestaltet werden. Ich glaube zwar auch nicht, wie es kürzlich eine Bürgerin formulierte, dass in einem neuen Sitzungssaal noch bessere Beschlüsse gefasst werden. Dies allein schon deshalb, weil es besser eigentlich gar nicht geht. Aber, ich meine, schlechter sollten sie auch nicht werden, indem wir diesen Raum hier verkommen lassen und im Sommer die Sitzung zum Saunabesuch wird. Veranschlagt haben wir für den Umbau stolze 268.000, wovon rd. 77.000 € vom Land bezuschusst werden.

Auch die Verbindungsstraße nach Owen haben wir 2007 wieder im Programm, jetzt mit höherer Mehrwertsteuer. Überraschenderweise hat sich nämlich ihr Zustand durch Hinausschieben des Problems nicht verbessert. Vielleicht hilft mir ja dieses Jahr der Hinweis, dass wir dafür keinen Kredit brauchen, kommunalpolitisch ein wenig weiter.

Für Hochwasserschutzmaßnahmen im Nachtobel haben wir 107.000 € veranschlagt. Ich befürchte aber, dass die Genehmigungsbehörde noch nicht mit allem einverstanden sein wird, was wir dort vorhaben. Schlimmstenfalls können wir diese Maßnahme erst 2008 umsetzen.

Für die Kanalsanierung haben wir in diesem Jahr 200.000 € und bis 2010 insgesamt 800.000 € eingeplant. Dies wird, insbesondere im Alten Guckenrain, ein großer Brocken. Der grundlegende Ausbau mangelhafter Straßen ist hierbei noch gar nicht enthalten. Zu guter Letzt braucht unser Bauhof nun endlich ein neues Fahrzeug. Nachdem wir diese Investition schon über Jahre hinausgeschoben haben, müssen wir nun auch hier dafür sorgen, dass es nicht an die Substanz geht und dass die sehr gute Arbeit, die die Mitarbeiter dort leisten, weitergeführt werden kann, im Dienste der Sicherheit unserer Bürger.

2007 planen wir die Entnahme aus der, inzwischen wieder angewachsenen, Rücklage in Höhe von 714.000 €. Danach verbleiben uns noch 550.000 €.

Ein bisschen Routine gibt es aber auch in diesem Haushalt, nämlich bei der Wasserversorgung. Da hier nichts Außergewöhnliches vorgesehen ist, erlauben Sie mir bitte einfach den Hinweis auf die Sitzungsvorlage. Positiv anmerken möchte ich aber, dass sich der Schuldenstand der Wasserversorgung seit 2000 um fast 44 % reduziert hat und die Einführung der Gewinnerzielung vor einigen Jahren unseren Gemeindehaushalt, gerade in einer kritischen Zeit, stabilisiert. Deshalb halte ich die damalige Entscheidung trotz kontroverser Diskussion auch im Nachhinein für richtig und zwingend notwendig.

Hinweis: Beratung: 05.02.
Verabschiedung: 26.02.